

UN und Sonderorganisationen in Kürze

U Thant auf Reisen

Generalsekretär U Thant bereiste während der zweiten Julihälfte und Anfang August die politisch wichtigsten Hauptstädte der Welt: Paris, London, Moskau und Washington. Er hielt sich zudem mehrmals in Genf, dem Sitz der Vereinten Nationen in Europa, zur Erledigung interner UN-Angelegenheiten auf und nahm in Kairo an der Eröffnung der 2. afrikanischen Gipfelkonferenz teil. U Thant kam damit Einladungen der betreffenden Regierungen nach. Die folgende Chronik des äußeren Ablaufs der Reise gibt eine Anschauung von der Bedeutung, die die führenden Politiker der Welt den Vereinten Nationen beimessen. Gesprächsthemen waren die weltpolitische Lage und die Partner jeweils beiderseitig interessierende Fragen.

Genf: Der Generalsekretär traf von New York kommend am 15. Juli in Genf ein. Er sprach auf hier tagenden Sitzungen des Wirtschafts- und Sozialrates, der Völkerrechtskommission und der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz. Mit dem UN-Vermittler für Zypern, Tuomioja, und mit anderen Beamten der UN hatte U Thant, u. a. wegen Zypern, Besprechungen. Der Sondergesandte der USA für Zypernfragen, Dean Acheson, unterrichtete U Thant über seine Gespräche mit den Vertretern Griechenlands und der Türkei.

Kairo: Beim Eintreffen in Kairo kurz vor Mitternacht wurde U Thant von Präsident Nasser und anderen Persönlichkeiten begrüßt. Von UN-Seite waren u. a. der Kommandant der UNEF, Generalmajor Chaves, anwesend. Am 17. Juli fanden Besprechungen mit Außenminister Mahmud Riad und anschließend mit Premierminister Sabri statt. Der Außenminister gab U Thant ein Essen. Abends sprach U Thant auf der Eröffnungssitzung der 2. afrikanischen Gipfelkonferenz. Am 18. Juli folgte eine lange Unterredung mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Fawzi Kypriano, der zyprische Außenminister, der gleichfalls in Kairo war, erörterte mit U Thant das Zypernproblem. Es folgten Besprechungen zwischen U Thant und General Chaves, ein Essen des birmanischen Botschafters, ein Zusammentreffen mit allen UN-Beamten im Kairoer UN-Information Centre und mit den Chefredakteuren der ägyptischen Presse. Abends hatte U Thant ein vierzigminütiges Gespräch mit Präsident Nasser. U Thant nahm dann anschließend an dem von Präsident Nasser zu Ehren der in Kairo anwesenden afrikanischen Staatsoberhäupter und anderen Würdenträgern gegebenen Bankett teil.

Genf: Der Rückflug von Kairo nach Genf am 19. Juli erfuhr u. a. eine Zwischenlandung in Athen zwecks einer

Unterredung mit dem griechischen Außenminister über das Zypernproblem. Nach Eintreffen in Genf galten Nachmittag und Abend UN-Angelegenheiten.

Paris: Der 21. Juli war einer Begegnung mit de Gaulle vorbehalten. Es war das zweite Zusammentreffen mit dem Präsidenten der französischen Republik, ein erstes hatte 1962 stattgefunden. Dem jetzigen kommt jedoch eine ganz andere Bedeutung zu. Der Generalsekretär war Ende April in Paris Gast der französischen Regierung und hatte bei dieser Gelegenheit Besprechungen mit dem französischen Ministerpräsidenten, dem Außenminister und weiteren führenden Politikern. Ein geplantes Zusammentreffen mit Präsident de Gaulle mußte wegen einer Operation des Generals verschoben werden. (Vgl. VN 3/64 S. 117 f.)

Die nachgeholte Begegnung fand am 21. Juli statt. U Thant war von Genf kommend am Vormittag auf dem Pariser Flughafen Orly eingetroffen und dort im Auftrag des Präsidenten vom Chef des Protokolls, Pierre Siraud, und dem französischen Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York, Roger Seydoux, sowie einigen hohen UN-Beamten begrüßt worden. Später kam es zu einer einstündigen Unterredung zwischen Präsident de Gaulle und U Thant. Im Elysée-Palast gab der Präsident anschließend dem Generalsekretär ein Essen, an dem u. a. der französische Außenminister und der Franzose Philippe de Seynes, Untergeneralsekretär der UN für Wirtschafts- und Sozialangelegenheiten, teilnahmen und bei dem de Gaulle und U Thant Tischreden hielten. Am Nachmittag führte der französische Kultusminister Malraux U Thant durch den Louvre. Eine Unterredung mit Außenminister Couve de Murville folgte.

U Thant flog anschließend nach Genf zurück. Abends brachte das französische Fernsehen ein am Tage aufgenommenes Gespräch mit U Thant.

London: Eintreffen auf dem Londoner Flughafen am 22. Juli abends. Offizielle Begrüßung. Kurze Konferenz mit Presse und Fernsehen. Der 23. Juli begann mit einem einstündigen Gespräch mit Duncan Sandys, dem britischen Minister für Commonwealth- und koloniale Angelegenheiten. Später empfing Königin Elisabeth den Generalsekretär zu einer halbstündigen Audienz. Anschließend gab Außenminister Butler U Thant zu Ehren ein Essen. Nachmittags fand eine eineinhalbstündige Unterredung zwischen Butler und U Thant statt, der eine weitere längere Besprechung mit Premierminister Sir Alec Douglas-Home folgte. Gesprächsthemen mit den englischen Politikern waren beiderseits interessierende Fragen einschließlich Zypern, Südrhodesien, Jemen und die

Friedenstruppe der UN. Im Parlament fand dann noch ein Gespräch mit Oppositionsführer Harold Wilson statt.

Rangun (Birma): U Thant verließ London in der Frühe des 24. Juli, um nach seinem Heimatland Birma zu fliegen, dessen Regierung ihn gleichfalls zu einem Besuch eingeladen hatte. In Frankfurt am Main hatte U Thant einen Zwischenaufenthalt von 40 Minuten, über den auf Seite 153 berichtet wird. U Thant traf in Rangun, der Hauptstadt Birmas, am Vormittag des 25. Juli zu seinem mehrtägigen Besuch ein. Er wurde am Flughafen vom birmanischen Außenminister, sonstigen Regierungsvertretern, Botschaftern, dem Generaldirektor der Wirtschaftskommission der UN für Asien und den Fernen Osten, weiteren UN-Offiziellen, von seiner Mutter, Verwandten, Journalisten und einer großen Bevölkerung empfangen. U Thant wies in einer improvisierten Pressekonferenz darauf hin, daß dies sein zweiter Besuch in seiner Heimat seit seiner Verbindung mit den UN sei: erstmals vor dreieinhalb Jahren als ständiger UN-Vertreter Birmas und jetzt als Generalsekretär. Es folgte eine erste Unterredung mit dem Außenminister und dann ein zweistündiges Gespräch mit General Ne Win, dem Vorsitzenden des birmanischen Revolutionsrates. Der General und seine Gattin gaben U Thant zu Ehren ein Essen für 40 Personen, an dem weitere Regierungsmitglieder, die drei Brüder U Thants, seine Tochter und sein Schwiegersohn teilnahmen. — Am nächsten Tag (26. Juli) fand eine buddhistische religiöse Zeremonie in einem Kloster statt, in deren Verlauf U Thant 60 Mönchen das Mahl reichete und dem leitenden Mönch Geldgeschenke und Mönchsgewänder übergab. Anschließend fand an gleicher Stelle eine Bewirtung für 1500 Verwandte, Freunde und Gönner statt. Nachmittags legten U Thant und seine Familie Kränze am Grab seines einzigen, vor einigen Jahren tödlich verunglückten Sohnes nieder. Den Abend des birmanischen Muttertags verbrachte U Thant im Kreise seiner Familie. Der 27. Juli verging mit offiziellen Ehrungen und Besuchen, einer zweieinhalbstündigen Unterredung mit dem Außenminister und einem von diesem dem Generalsekretär zu Ehren gegebenen Empfang, an dem 700 Gäste, Regierungsmitglieder, Spitzen des Diplomatischen Korps, UN-Offizielle, Freunde und Verwandte teilnahmen. Den Abschluß bildete ein großes Programm klassischer birmanischer Musik. Bei seinem Abflug um Mitternacht wurde U Thant vom Außenminister und einer großen Anzahl weiterer Persönlichkeiten verabschiedet.

Über den Aufenthalt des Generalsekretärs in Moskau und in Washington wird im nächsten Heft berichtet.

U Thant dementiert

Ende Juli ging durch die Welt die Nachricht, Generalsekretär U Thant habe in Rangun erklärt, daß er nach Ablauf sei-

ner jetzigen Zeit für eine neue Amtsperiode nicht mehr kandidieren werde. Die Nachricht ist inzwischen mehrfach dementiert worden. Der Sachverhalt ist folgender: Der Generalsekretär hatte sich während seines Aufenthalts in Rangun, der Hauptstadt seines Heimatlandes (s. obigen Bericht), auf einem von ihm am 26. Juli gegebenen Empfang beiläufig über die Schwierigkeiten und Belastungen seines Amtes geäußert. Er war dann gefragt worden, ob er sich 1966 nach Ablauf seiner jetzigen Amtszeit weiterhin zur Verfügung stelle. U Thant hatte darauf geantwortet, er wisse jetzt noch nicht, wie er zur gegebenen Zeit entscheiden werde.

Die französische Sprache in der UNO

Von 112 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sprechen 43 Französisch. Das sagte der französische Ministerpräsident Pompidou während einer Debatte am 11. Juni über Bedeutung und Umfang der französischen Entwicklungshilfe in der Nationalversammlung. Pompidou führte weiter aus, die Zusammenarbeit mit den jungen Staaten aus dem ehemaligen großen französischen Kolonialreich habe nicht nur wirtschaftliche Gründe, sondern vor allem kulturelle Ziele. Es gelte in diesen Ländern einen bestimmten politischen Einfluß zu behalten, da er sonst nur anderen Staaten zufalle. Man müsse das Französisch gegen das Englisch verteidigen.

Norwegen und Schweden stellen UN-Sondereinheiten auf

Das norwegische Storting beschloß am 11. Juni und die schwedische Regierung am 10. Juli, militärische Sondereinheiten mit dem Ziel aufzustellen, sie für eine Verwendung durch die Vereinten Nationen auszubilden und auf Abruf bereitzustellen. Damit gehen die Bemühungen der skandinavischen Länder und anderer Staaten wie Finnlands, Dänemarks, Kanadas und der Niederlande weiter, durch kleine, aber konkrete Schritte Hilfe zur Erhaltung des Friedens zu leisten und nicht auf eventuelle Taten der führenden Weltmächte zu warten (vgl. VN Heft 3/1963 S. 101 und Heft 5/1963 S. 175). Darüber hinaus sind die Einheiten und die Art ihrer Bereitstellung in vielerlei Hinsicht Versuchsmodelle, geplant auf den bisherigen Erfahrungen mit Truppen dieser Länder in Diensten der UN, wie etwa an der ägyptisch-israelischen Grenze, im Kongo und an anderen Stellen.

Das norwegische Storting beschloß mit Zustimmung aller Parteien, ein Sonderkontingent von 1300 Mann aufzustellen. Die Rekrutierung erfolgt auf freiwilliger Grundlage. Das schwedische Sonderbataillon wird aus 1043 Freiwilligen bestehen. Es erfährt eine Ausbildung, die es ihm ermöglicht, innerhalb von fünf Tagen für sechs Monate im Dienste der UN zur Erhaltung des Friedens irgendwo in der Welt eingesetzt werden zu können. Die Freiwilligen verpflichten sich für ein Jahr und erhalten eine Spezialausbildung. Auch bei Rettungsaktio-

nen in Katastrophenfällen kann die Sondereinheit eingesetzt werden.

Dritte Genfer Atomkonferenz

Für die Dritte Genfer Atomkonferenz vom 21. August bis 9. September sind vom Beratenden Wissenschaftlichen Ausschuß der IAEO 716 Beiträge von 37 Ländern und 5 internationalen Organisationen von insgesamt 970 eingereichten Beiträgen angenommen worden. Alle Vorträge werden in den Proceedings der Konferenz in der Originalsprache veröffentlicht. 300 davon sollen in den 7 Hauptgruppen der Konferenz vortragen werden. Auf die USA entfallen 98 Vorträge, auf die Sowjetunion 94, auf England 77, auf Frankreich 73, auf die Bundesrepublik Deutschland 35, Italien 30, Japan 29. Das Hauptgewicht liegt auf den Leistungsreaktoren und ihrer Wirtschaftlichkeit.

Weltbevölkerungskonferenz in Belgrad 1965

Der Generalsekretär hat namens der Vereinten Nationen an 122 Regierungen, an die Sonderorganisationen und an 20 private internationale Organisationen, soweit sie auf dem Gebiet der Bevölkerungswissenschaft tätig sind, Einladungen gerichtet, Sachverständige zur Teilnahme an der Weltbevölkerungskonferenz der UN, die vom 30. August bis 10. September 1965 in Belgrad stattfinden wird, zu benennen. Der Kreis der eingeladenen Regierungen und Organisationen wird durch eine Entschließung des Wirtschafts- und Sozialrates der UN vom April 1961 bestimmt. Sie besagt, daß unter anderem die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen einzuladen sind. Zu ihnen zählt die Bundesrepublik als Mitglied aller Sonderorganisationen. Die von den Regierungen und Organisationen benannten Personen nehmen an der Konferenz ausschließlich als Sachverständige und nicht als Vertreter ihrer Regierungen oder Organisationen teil. Die Leitung der Konferenz liegt bei der UNO. Sie wird hierbei von einigen Sonderorganisationen unterstützt. Die jugoslawische Regierung ist Gastgeber. — Die Konferenz wird sich mit Bevölkerungsfragen im allgemeinen und mit dem Einfluß des rapiden Wachstums der Weltbevölkerung auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im besonderen befassen. Den Entwicklungsländern, deren Bevölkerungszunahme am stärksten ist, wird auch auf dieser Konferenz besondere Aufmerksamkeit gelten. In vielen Entwicklungsländern beträgt die jährliche Wachstumsrate mehr als 3 vH, so daß sich ihre Bevölkerung in etwa 23 Jahren verdoppelt. Ein weiteres bedeutsames Konferenzthema wird die fast überall in der Welt festzustellende wachsende Verstädterung sein. Darüber hinaus sind eine große Anzahl einschlägiger Themen vorgesehen. — 12 Voll Sitzungen und 12 Fachgruppen sind geplant. Die Teilnehmer waren eingeladen, bis zum 30. Juni 1964 in einer der 5 Amts-

sprachen der UN schriftliche Beiträge einzureichen. Die Belgrader Konferenz ist die zweite ihrer Art. Die erste UN-Weltbevölkerungskonferenz fand 1954 in Rom statt. Sie hat zum Verständnis der Bedeutung der Bevölkerungsfragen beigetragen. Seitdem hat die Weltbevölkerung enorm zugenommen. Die Probleme haben sich verschärft. Die Generalversammlung hat deshalb die Vorschläge zur Abhaltung einer zweiten Konferenz gebilligt und drängt darauf, daß besonders Fachleute aus den Entwicklungsländern teilnehmen.

Weltwetterwacht — Wettersatelliten Tagung der WMO

Der Exekutiv-Ausschuß der Weltorganisation für Meteorologie (WMO), der jährlich einmal zusammentritt und die Durchführung der Kongreßbeschlüsse überwacht, veranstaltete seine diesjährige Tagung vom 26. Mai bis 12. Juni im WMO-Gebäude in Genf unter dem Vorsitz des Präsidenten der WMO, Dr. Nyberg (Schweden). Entsprechend den Zielen der Organisation, die Zusammenarbeit der Wetterdienste zu fördern und ihre Arbeitsgrundlagen zu verbessern, befaßte er sich vor allem mit den Plänen zur Errichtung der sog. Weltwetterwacht. Nach diesem weltweiten System sollen die Wetterbeobachtungen verdichtet und verbessert, auf geeigneten Fernmeldewegen rasch ausgetauscht und mit Hilfe von Großrechenanlagen zentral verarbeitet und allen Diensten zur Auswertung zugeleitet werden. Hierzu werden Weltzentralen in Washington und Moskau errichtet werden, darunter regionale Zentren, die noch nicht festliegen. Ein drittes Weltzentrum ist für die Südhalbkugel vorgesehen, sein Ort jedoch noch nicht bestimmt. Es wurde beschlossen, daß die neu gegründete Planungseinheit, die dem Generalsekretär unmittelbar untersteht, bis 1966 einen bis ins einzelne ausgearbeiteten Plan für die globalen Beobachtungs-, Fernmelde- und Datenverarbeitungssysteme fertigzustellen hat einschließlich der Kostenberechnung, damit der V. WMO-Kongreß darüber beschließen kann.

Der Direktor des US-Wetterdienstes legte die amerikanischen Pläne für die Errichtung des ersten Wettersatellitensystems für wetterdienstliche Betriebszwecke dar, das Ende 1965 anlaufen soll. Danach werden stets zwei Wettersatelliten zugleich auf der Umlaufbahn sein, die täglich die Wolkenbedeckung über der gesamten Erde photographieren und Strahlungsmessungen im Infrarotbereich machen.

Für die Verwendung des „Neuen Entwicklungsfonds“ wurden bestimmte Vorstellungen entwickelt, die den Mitgliedern zur Genehmigung vorgelegt werden. Danach sollen durch Schwerpunktbildung einige Mitgliedsländer in die Lage versetzt werden, in ihren Wetterdiensten Verbesserungen durchzuführen, die für alle anderen von Nutzen sind (z. B. auf dem Gebiet der meteorologischen Sicherung der Weltluftfahrt).

Der Exekutiv-Ausschuß ließ sich durch Wissenschaftler über die modernen Methoden der Wettervorhersage unterrichten. Dabei ergab sich, daß vermutlich allein durch die Anwendung der sog. numerischen Methoden, die nur mit Hilfe großer elektronischer Datenverarbeitungsanlagen für die Wetterdienstpraxis anwendbar sind, Verbesserungen in der Wettervorhersage zu erwarten sein werden. Um weitere Erfahrungen zu gewinnen, wurden die Länder aufgefordert, sich zunehmend auf diesem Gebiet zu betätigen.

Um die meteorologischen Bedürfnisse des für 1970 zu erwartenden Überschall-Luftverkehrs frühzeitig kennenzulernen und den Wetterdiensten Vorschläge für einheitliche Beratungsmethoden geben zu können, wird die WMO 1966 wissenschaftliche Vorträge und Diskussionen und ein Symposium über dieses zukünftige Arbeitsgebiet veranstalten. Auch wird sich die WMO an den Arbeiten der Internationalen Hydrologischen Dekade beteiligen und zur besseren Ausnutzung der Wasserkraft in allen Ländern beitragen.

Nach eingehender Beratung wurde der Haushalt der WMO für 1965 im wesentlichen in dem vom Generalsekretär vorgeschlagenen Umfang gebilligt. Er schließt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 1,3 Mill. Dollar ab, zu dem die Bundesrepublik etwa 250 000 DM im kommenden Jahr zu entrichten haben wird. Dieses niedrigste Jahresbudget einer Sonderorganisation legt Zeugnis dafür ab, daß die WMO trotz ihrer starken Aktivität, die sie weltweit entfaltet, eine sparsame Organisation ist.

Der Preis der Weltorganisation für Meteorologie, der jährlich für außergewöhnliche Leistungen in der Meteorologie und internationalen Zusammenarbeit verliehen wird, wurde für das Jahr 1964 dem kürzlich in den Ruhestand getretenen Direktor des US-Wetterdienstes, Dr. F. W. Reichelderfer, verliehen. —

Die Bundesrepublik ist Mitglied der WMO und gehört dem Exekutiv-Ausschuß an. Auf der diesjährigen Tagung vertrat Min-Rat Dr. E. Süßenberger den dem Exekutiv-Ausschuß als gewähltes Mitglied angehörenden Präsidenten des Deutschen Wetterdienstes, Dr. Bell.

Die Weltbank im Jahre 1963/64

§ 809,9 Mill. in Form von 37 Darlehen hat die Weltbank 28 verschiedenen Ländern im Geschäftsjahr 1963/64 zugesagt. Das geht aus dem jetzt veröffentlichten Bericht der Bank für die Zeit vom 1. Juli 1963 bis 30. Juni 1964 hervor. Die Darlehenszusagen lagen im Geschäftsjahr 1962/63 mit § 448,7 Mill. extrem niedrig, nachdem sie 1961/62 mit § 882,3 Mill. den bisherigen Rekord erreicht hatten. Von den Darlehen erhielten Pakistan 3, Chile, Japan, Kolumbien, Malaysia, Neuseeland, Peru, Portugal je 2 und Äthiopien, Algerien, China, Costa Rica, Dänemark, Ecuador, El Salvador, Finnland, Iran, Jugoslawien, Liberia, Malta, Mauritius, Me-

xiko, Nigeria, Norwegen, Spanien, Thailand, Tunesien und Venezuela je 1 Darlehen. Damit erhöht sich die gesamte bisher zur Verfügung gestellte Darlehenssumme auf § 7.931,3 Mill. und die Gesamtzahl der vergebenen Darlehen auf 386 an 73 verschiedene Länder und Territorien. — Die Verteilung der Darlehenszusagen auf die einzelnen Weltregionen ist folgende (alles in Mill. Dollar): Asien 275,7; Lateinamerika 257,6; Europa 145; Afrika 91,25 und Ozeanien 40,3. — Bei den Ausleihungen der Bank nehmen Projekte der Energiewirtschaft und des Verkehrswesens weiterhin die ersten Plätze ein. — Die Auszahlungssumme auf Darlehenszusagen für 1963/64 belief sich auf § 558,9 Mill. gegenüber § 620,4 Mill. im Vorjahr. Am 30. Juni 1964 betrug die Summe aller bisherigen Auszahlungen § 5.984,4 Mill. — Die Nettoeinnahmen der Weltbank 1963/64 betragen § 97,5 Mill. (im Vorjahr 82,7). Hinzu kommen Darlehensprovisionen in Höhe von § 32,2 Mill. (i. V. 31,3). Von den Nettoeinkünften wurden § 47,5 Mill. der Zusatzreserve zugeführt, die sich damit auf § 605,6 Mill. erhöhte. Die gesamten Rücklagen einschließlich der Sonderreserve gegen Verluste aus Darlehen und Garantien betragen § 893,7. Aus den Nettoeinnahmen des Geschäftsjahres 1963/64 sollen § 50 Mill. der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), die eine Schwesterorganisation der Weltbank und gleichfalls eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen ist, zugeführt werden. — Die Darlehensbedingungen behalten den Zinssatz von 5,5% bei. Die Bereitstellungsgebühr auf noch nicht ausgezahlte Teile von Darlehen, einschließlich bereits laufender Darlehen, wurde jedoch ab 1. Juli 1964 von jährlich $\frac{3}{4}$ % auf $\frac{3}{8}$ % verringert. — Folgende 17 Länder wurden im Geschäftsjahr 1963/64 Mitglieder der Weltbank: Algerien, Burundi, Dahome, Gabun, Guinea, Kamerun, Kenia, Kongo (Brazzaville), Kongo (Léopoldville), Madagaskar, Mali, Mauritanien, Rwanda, Trinidad und Tobago, Tschad, Uganda und die Zentralafrikanische Republik. Mit ihnen hat die Weltbank jetzt 102 Mitglieder. Das gezeichnete Kapital aller Mitglieder belief sich am 30. Juni 1964 auf 21 186 Mill. Dollar.

Zusammenschluß von Tanganjika und Sansibar zu einer Mitgliedschaft in den UN

Das Außenministerium der Vereinigten Republik von Tanganjika und Sansibar teilte dem Generalsekretär am 6. Mai 1964 mit, ein Abkommen über die Vereinigung der Republik Tanganjika und der Volksrepublik Sansibar sei am 22. April 1964 unterzeichnet und nach Ratifikation durch das Parlament von Tanganjika und dem Revolutionsrat der Volksrepublik Sansibar am 26. April rechtskräftig geworden. Der neue Staat nenne sich Vereinigte Republik von Tanganjika und Sansibar. Der Generalsekretär wird gebeten, hiervon Kenntnis zu nehmen und die beiden früheren Staaten zukünftig als ein Mitglied hin-

sichtlich der Verpflichtungen aufgrund der Charta der UN anzusehen; er möge seinerseits alle übrigen Mitgliedstaaten der UN, alle Organe der UN und alle Sonderorganisationen der UN unterrichten. Das geschah nach Klärung einiger Rechtsverhältnisse am 18. Mai 1964. — Am Rande mag noch interessant sein: Seit dem Zusammenschluß am 26. April standen im Flaggenwall vor dem Hauptgebäude der Vereinten Nationen in New York die Maste der beiden Staaten leer. Anweisungen für die neue Flagge ergingen erst Mitte Juli. Sie wurde dann in New York hergestellt und mit den übrigen 111 Fahnen ohne besondere Formalität am 1. August gehißt. Ihre Farben sind grün, schwarz, blau und gelb. Nach Angaben der Regierung bedeuten das Grün im oberen rechten Dreieck das Land, zwei gelbe Diagonalstreifen den Reichtum der Republik, der zwischen ihnen liegende Mittelstreifen in Schwarz das Volk und das Blau im unteren linken Dreieck den Indischen Ozean, an dem der Staat liegt. — Seit Gründung der Vereinten Nationen hingen die Flaggen Großbritanniens und der USA nebeneinander. Jetzt hat sich die neue Fahne in der Reihenfolge nach dem englischen Alphabet zwischen sie geschoben (United Kingdom, United Republic of Tanganyika and Zanzibar, United States).

Neue Staaten als Anwärter auf die Mitgliedschaft der UN Fortgang der Entkolonialisierung

Malawi (Njassaland): Das britische Protektorat Njassaland in Zentralafrika erhielt am 6. Juli 1964 die Unabhängigkeit und nennt sich seitdem Malawi. Das Land gehört dem Commonwealth an und ist eine Monarchie mit der englischen Königin als Staatsoberhaupt. Premierminister ist Dr. Hastings Banda. — Malawi ist ein kleines Land von 119 311 qkm, also etwa halb so groß wie die Bundesrepublik, 850 km lang und zwischen 80 und 160 km breit. Es hat fast 3 Millionen Einwohner, die bis auf rund 23 000 alle Afrikaner sind. Seine wirtschaftlichen Hilfsquellen sind beschränkt: Die Ausfuhren sind vorwiegend Tee, Tabak und Baumwolle. Das Land hat wenig Industrie. Die meisten Lohnempfänger arbeiten in den beiden benachbarten Rhodesien und in der Südafrikanischen Union. Das Verkehrsnetz ist relativ gut ausgebaut, und auch das Unterrichts- und Gesundheitswesen ist gut entwickelt. Vielerlei Ansätze werden zur Zeit mit ausländischer Hilfe geschaffen und fortgeführt. Großbritannien bezuschußt das Land auch nach seiner Unabhängigwerdung mit erheblichen Mitteln weiter.

Zambia (Nordrhodesien): Nordrhodesien, ein gegenwärtig noch von Großbritannien abhängiges Gebiet, wird am 24. Oktober 1964 seine Unabhängigkeit erhalten und dann die Landesbezeichnung Zambia führen. Anders als Malawi und Malta, wird Zambia eine Republik sein und somit die englische Königin nicht als eigenes Staatsoberhaupt anerkennen.

Dennoch wird Großbritannien die Aufnahme der Republik Zambia in das Commonwealth befürworten. — Nordrhodesien hat zehn Jahre lang zusammen mit Njassaland (Malawi) und Südrhodesien der gleichfalls von Großbritannien abhängig gewesenen Zentralafrikanischen Föderation angehört, bis diese im Zuge der fortschreitenden Entkolonialisierung am 31. Dezember 1963 aufgelöst wurde, damit die drei Gliedteile unabhängig voneinander der Selbständigkeit entgegengeführt werden

können. — Zambia hat eine Größe von 7 446 256 qkm (etwa die dreifache Größe der Bundesrepublik) und 3,4 Mill. Bewohner.

Malta: Am 21. September 1964 wird als nächstes Gebiet Malta seine Unabhängigkeit erhalten. Wie Malawi, wird auch Malta die britische Krone als Staatsoberhaupt anerkennen und dem Commonwealth beitreten. Großbritannien wird seinem früheren Gebiet weiterhin finanzielle Hilfe zukommen lassen und seinerseits Malta vorerst für zehn Jahre

als Stützpunkt benutzen können. Die kleine Mittelmeerinsel hat 316 qkm Fläche und 329 000 Einwohner.

Gambia: Für dieses kleine noch der britischen Herrschaft unterliegende Gebiet ist der Beginn der Unabhängigkeit auf den 18. Februar 1965 festgesetzt worden. Die englische Königin wird Staatsoberhaupt werden und das Land dem Commonwealth beitreten. Gambia ist die letzte britische Kolonie in Westafrika. Das Land hat eine Fläche von 10 369 qkm und 316 000 Einwohner.

Die Bundesrepublik und die Vereinten Nationen

Dokumente und Nachrichten

Bundestag billigt das Atomteststoppabkommen

Der Bundestag verabschiedete in seiner 129. Sitzung am 5. Juni 1964 das Gesetz zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, der am 5. August 1963 in Moskau abgeschlossen worden war und den die Bundesrepublik am 19. August 1963 unterzeichnet hatte. Vor der Schlußabstimmung gaben Dr. Gradl für die CDU/CSU, Wehner für die SPD und Schultz für die FDP die Ratifizierung des Übereinkommens unterstützende Erklärungen ab. Zu einem Schlußwort nahm dann der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Schröder, das Wort, weil, wie er sagte, der Gegenstand zu wichtig sei, als daß er ohne ein weiteres Wort der Regierung einfach so über die Bühne gehen dürfe. Der Minister dankte dem Bundestag für die große Einmütigkeit, mit der er den Vertrag ratifiziere. Es handle sich bei dem Übereinkommen um ein politisches Ereignis von allergrößter Tragweite. — Bei der Schlußabstimmung stimmten die Abgeordneten für das Gesetz zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser. Das Gesetz wurde am 29. Juli 1964 verkündet und trat am Tage darauf in Kraft. (Vgl. VN Heft 2/64 S. 75 und 5/63 S. 175 f. und S. 179 f. sowie ferner BGBl. 1964 Teil II S. 906 ff.)

Der Bundeskanzler besucht die Vereinten Nationen

Erstmals hat mit Bundeskanzler Erhard ein deutscher Regierungschef dem Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York und dem Generalsekretär der Weltorganisation einen Besuch abgestattet. Auf seiner viertägigen Reise nach Kanada und den USA traf der Bundeskanzler am Nachmittag des 11. Juni 1964 von Boston kommend in New York ein. Hier begab er sich zuerst zu den Vereinten Nationen und zu Generalsekretär U Thant. Er war begleitet von dem Beobachter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen, Botschafter Sigismund von Braun. Der Besuch, für den protokollarisch 15 Minuten angesetzt waren, verlängerte sich auf über eine halbe Stunde. Die Unterhaltung verlief außerordentlich freundlich. Beide Seiten schienen sie aufrichtig zu begrüßen. Der Bundeskanzler äußerte sich nach der Unterredung kurz der Presse gegenüber. Die Zypernfrage, auch eine etwaige weitere deutsche finanzielle Unterstützung der UN-Truppen auf Zypern, sei angesprochen worden. Er habe gerne die Gelegenheit zu einer Begegnung mit dem Generalsekretär ergriffen. Deutschland gehöre zwar nicht den Vereinten Nationen selbst, aber allen Sonderorganisationen an. Die Bundesrepublik würde auch weiterhin moralisch und materiell die Ziele der Vereinten Nationen, wie die Satzung sie nenne, nämlich Sicherheit, Freiheit und Frieden, unterstützen. Wenn auch die deutsche Frage selbst den Vereinten Nationen nicht vorliege und deshalb die Organisation für sie nicht zuständig sei, so müsse doch das Selbstbestimmungsrecht als eines der Ziele der Vereinten Nationen auch für das deutsche Volk gelten. — Nach allgemeiner Auffassung hat der Besuch des Bundeskanzlers in sachlicher und persönlicher Hinsicht einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen.

Ministerialdirigent Böker besucht die UN

Ministerialdirigent Alexander Böker, der im Auswärtigen Amt in der politischen Abteilung auch für die Verbindung Deutschlands mit den Vereinten Nationen zuständig ist, benutzte Anfang Juni einen Besuch der UN in New York, um mit leitenden Beamten des Sekretariats Fühlung zu nehmen. Er konnte dabei das Interesse der Bundesregierung an einer engen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, soweit diese für ein Nichtmitglied möglich ist, zum Ausdruck bringen. MinDirigent Böker besuchte auch die amerikanische UN-Mission zu Besprechungen mit den Botschaftern Stevenson und Plimpton. Der deutsche Beobachter bei den UN, Botschafter von Braun, gab aus Anlaß des Besuches von Herrn Böker ein Essen, an dem eine Reihe von UN-Botschaftern und Untergeneralsekretären des Sekretariates der UN teilnahm.

Professor Dr. Walter Erbe neuer Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Zum neuen Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen wählte der Vorstand auf seiner konstituierenden Sitzung am 29. Juni 1964 in Bonn Herrn Professor Dr. Walter Erbe MdL, Tübingen, einstimmig. Professor Erbe war seit Gründung der Gesellschaft stellvertretender Vorsitzender. Frau Annemarie Renger MdB, Pinneberg/Bad Godesberg, und Herr Rechtsanwalt Dr. C. E. Bloem, Mannheim, wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. — Professor Dr. Eduard Wahl MdB und der Vizepräsident des Bundestages, Erwin Schoettle, hatten auf der vorangegangenen Hauptversammlung der Gesellschaft am 30. Mai 1964 in Berlin auf eine neue Kandidatur als Vorsitzender bzw. als stellvertretender Vorsitzender verzichtet. (Vgl. VN 3/64 S. 119 f.)

Neuer Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission

Die 20. Hauptversammlung der Deutschen UNESCO-Kommission wählte den Leiter des Internationalen Schulbuchinstituts in Braunschweig, Herrn Professor Dr. Georg Eckert, zum neuen Präsidenten. Dr. Eckert wird damit Nachfolger von Professor Bergstraesser, der im Februar dieses Jahres verstorben ist.

Der Bundespräsident über die Vereinten Nationen

Bundespräsident Dr. h. c. Heinrich Lübke hatte die Delegierten der am Wiener Weltpostkongreß teilnehmenden Staaten zu einem Essen nach Schloß Herrenchiemsee am 5. Juli 1964 eingeladen. Bei dieser Gelegenheit hielt der Bundespräsident eine Ansprache. Er begrüßte die Teilnehmer und wies u. a. darauf hin, daß der frühere deutsche Generalpostmeister Heinrich von Stephan vor 100 Jahren für einen die ganze Welt umfassenden „Allgemeinen Postverein“ geworben habe. Der Bundespräsident fuhr fort: